Grussbotschaft **Dr. Heinz Gstrein**

Präsident der Arbeitsgemeinschaft Orthodoxer Kirchen in der Schweiz (AGOK)

Liebe Schweizer Politiker, liebe Vertreter der verfolgten Christen, liebe Bernerinnen und Berner!

Die Not von Christen unter der politischen Herrschaft des Islams ist mir aus eigener Erfahrung leider nur allzu gut vertraut: 40 Jahre lang war ich als Korrespondent für Schweizer Zeitungen und das Radio, gerade für Radio Bern hier in dieser Stadt, zwischen 1961 und 2001 mit der wieder zunehmenden Bedrängnis, ja unverhüllten Verfolgung von Christen im Nahen Osten und sogar in Südosteuropa konfrontiert. Heute darf ich hier als Präsident der AGOK, der „Arbeitsgemeinschaft Orthodoxer Kirchen in der Schweiz", besonders auf Diskriminierung, Unterdrückung, ja offene Verfolgung dieser östlichen und orientalischen Christen hinweisen.

Vor einem halben Jahrhundert war es der glaubens- und speziell kirchenfeindliche Kommunismus, unter dem diese Kirchen zu leiden hatten. Auch bald 20 Jahre nach der so genannten Wende ist sein unseliges Erbe da und dort weiter am Werk. Nicht nur in China, auch in Eritrea, wo alle gläubigen Menschen, ob evangelisch, katholisch oder orthodox, Christen und Muslime unter den Schrecken der Diktatur von Isayas Afewerki und seiner Volksfront leiden müssen. Mehr als 2000 eritreische Christen, darunter Dutzende Pastoren und Priester, befinden sich in Gefangenschaft, wo sie aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen gefoltert werden. Auf der Flucht sind viele von ihnen aus Eritrea bis in die Schweiz gekommen, so dass wir die Augen vor ihrem Elend nicht mehr verschliessen können.

Alle anderen Probleme der Christen in diesem afrikanisch-vorderasiatisch-balkanischen Grossraum hängen mit dem Wiedererstarken des Islams als politischer Kraft und Macht zusammen. Ob es sich um den Exodus der letzten, dort fast 2000 Jahre verwurzelten Christen aus dem Irak handelt, von dem wir gerade gehört haben (hören werden), um den Raub christlicher Mädchen und Frauen in Ägypten, die vergewaltigt, islamisiert und zwangsverheiratet werden, um die von Staats wegen seit 1971 in Istanbul geschlossenen Priesterseminare und gar neuestens die Welle von Morden an Priestern und Bibelaktivisten in der Türkei oder um die gefährdete christliche Zukunft von Nordzypern und Kosovo: Überall geht das Morden und Brennen von einem Islam aus, der heute wieder so aggressiv und expansiv ist wie schon seit Hunderten von Jahren nicht mehr.

In der islamischen Welt werden die Religionsfreiheit und überhaupt die Menschenrechte von Christen, Juden sowie anderen Nicht-Moslems durch eine Praxis oder gar Verfassung und Rechtsordnung verletzt, die ganz oder „hauptsächlich" auf dem Boden des islamischen Religionsrechtes steht. Dieses kennt für Nicht-Muslime keine Religions-, sondern bestenfalls eingeschränkte Kultfreiheit, sie sind Bürger zweiter Klasse.

Es geht uns also um Menschenrechte, deren Einmahnung keine Einmischung, sondern internationale Rechtspraxis darstellt. Jahrhundertelang hat diesem Anliegen zwischen unseren christlich geprägten und den islamischen Staaten das so genannte Kapitulationsrecht gedient. Ihm verdanken z.B. die beiden Schweizer Kirchen in Kairo und Alexandria ihre Existenz. Zur Zeit des europäischen Kolonialismus ist diese hohe diplomatische Kunst und Völkerrechtsdiziplin leider zur Kanonenboot-Politik verkommen. Danach herrschen heute bei uns Unwissenheit und Unsicherheit beim Umgang mit der islamischen Religionspolitik. So wäre für den Bau der Moschee in Genf durch Saudi-Arabien unbedingt mindestens ein Gotteshaus und auch sonst freie Religionsausübung für die dort lebenden Christen aus der Schweiz einzufordern gewesen.

Sicher vertritt der säkuläre Staat von heute keine kirchlichen Anliegen mehr. Er versteht sich aber ausdrücklich als Anwalt von Religionsfreiheit und Menschenrechten und ist dem völkerrechtlichen Prinzip der Gegenseitigkeit verpflichtet. Mit genau diesem Anliegen wenden wir uns heute in Bern an unsere Politiker aus allen politischen, religiösen und weltanschaulichen Lagern!